

Woll, Artur

Article — Digitized Version

Krise der Marktwirtschaft?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Woll, Artur (1976) : Krise der Marktwirtschaft?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 2, pp. 96-98

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134919>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Krise der Marktwirtschaft?

Artur Woll, Siegen

In seinem letzten Jahresgutachten beschäftigte sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angesichts der weltweiten Rezession ausführlich mit der Frage, ob wir eine „Krise der Marktwirtschaft“ haben. Wir baten die Professoren Artur Woll und Gerhard Kade, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die Antworten fielen unterschiedlich lang aus.

Die Frage, ob die bekannten wirtschaftlichen Probleme in den westlichen Staaten Ausdruck grundlegender Schwächen der marktwirtschaftlichen Ordnung sind, ist sicher naheliegend. Die schlichte Antwort, seit der – allerdings viel einschneidenderen – Weltwirtschaftskrise habe es zwar keine international gleichlaufenden, aber zahlreiche nationale Rezessionen gegeben, würde wohl als unbefriedigend empfunden werden, weil sie impliziert, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten westlicher Länder ausnahmsweise zusammenfallen. Eine Antwort sollte in der Tat tiefer ansetzen.

Keine Alternative

Bevor eine solche Antwort versucht wird, sei kurz erwähnt, warum die marxistisch-sozialistische Problemlösung keine wirkliche Alternative sein kann. Die von marktwirtschaftsfeindlichen Sozialisten angebotenen Rezepte sind entweder utopisch oder sprechen in der Realität für sich selbst. In einer empirischen Wissenschaft, wie der Nationalökonomie, sollte man – im Hinblick auf die beschränkten Ressourcen, aber ohne akademische Arranganz – darauf verzichten, Modelle zu diskutieren, die an der Wirklichkeit und ihren Änderungsmöglichkeiten unbekümmert vorbeigehen. Es ist letztlich Zeitverschwendung, lange mit Leuten zu diskutieren, die eine tatsächliche marktwirtschaftliche Ordnung mit der Elle ihrer sozialistischen Utopie messen.

Sinnvoll scheint dagegen, die Verwirklichungen der marktwirtschaftlichen und der sozialistisch-kommunistischen Konzeptionen zu vergleichen. Ein solcher Vergleich spricht immer noch Bände – nach

meiner Einschätzung heute mehr als früher. Wer östliche Länder auch nur oberflächlich kennt, weiß um Schein und Sein. Und wer Erinnerungen an die Zeit vor der Währungsreform und Erfahrungen mit sozialistischen Ländern hat, kann über die frappierend ähnlichen Symptome dieser Systeme nur betroffen sein, wie die schockierende Armut bei „Vollbeschäftigung“ – tatsächlich bei in Wirklichkeit versteckter Arbeitslosigkeit –, die augenfällige Ineffizienz beim Einsatz von Arbeitskraft und Kapital, zugleich jedoch die inhumane Härte, mit der systemwidriges, ökonomisch oft sinnvolles Verhalten als „Wirtschaftskriminalität“ angeprangert und verfolgt wird. Östliche Propaganda und häufig anzutreffendes westliches Bagatellisieren oder Totschweigen können die Ausbreitung der elementaren Kenntnis nicht verhindern, daß der wirtschaftliche Abstand zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern enorm, überdies wahrscheinlich steigend ist. An dieser Feststellung ändert auch die Tatsache nichts, daß zwischen den sozialistischen Ländern erhebliche Unterschiede im Lebensstandard bestehen.

Systemwidrige Interventionen

Nur wenige Überlegungen zeigen, daß die weltweite Rezession, abnehmendes Wirtschaftswachstum, hohe Inflationsraten bei gleichzeitiger Unterbeschäftigung (Stagflation), zurückgehende Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen oder defizitäre Staatshaushalte – um nur einige Krisensymptome zu nennen – nicht das Ergebnis der Marktwirtschaft, sondern die Konsequenz entweder ihrer Ausschaltung oder systemwidriger Interventionen der Wirtschaftspolitiker sind. Die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft scheint in diesem Licht nicht sinnvoller als etwa die, warum eine Maschine, bei der laufend Sand ins Getriebe gestreut wird, statt sie mit Öl zu versorgen, nicht besser funktioniert. Der Leser wird

Prof. Dr. Artur Woll, 52, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Gründungsrektor der Gesamthochschule Siegen.

zu Recht eine Begründung dieses Standpunktes erwarten. Dies sei an einigen exemplarischen Fällen versucht.

Ein wesentliches Erklärungselement für die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme dürfte die vor zwei Jahren einsetzende Ölkrise sein, deren Beginn mit der weltweiten Rezession zusammenfällt. Wenn die Ölkrise die Rezession schon nicht ausgelöst hat, so sind doch durch sie rezessive Tendenzen zumindest verstärkt und international übertragen worden. Die drastische Preiserhöhung durch das Kartell ölexportierender Länder führte bei der relativ unelastischen Nachfrage zu einer erheblichen Einkommensumverteilung, von der primär die OPEC-Länder und westliche Ölgesellschaften profitiert haben. Diese verausgabten die Einkommen jedoch nicht sofort oder nicht so schnell, wie es diejenigen getan hätten, denen Kaufkraft entzogen worden ist. Für eine gewisse Zeit – nach Schätzung von Experten für etwa ein Jahr – fiel international erhebliche Kaufkraft aus, die dem Markt, wie die Entwicklung des Welthandels in jüngster Zeit anzuzeigen scheint, nun wieder zufließt.

Aushöhlung des Leistungswillens

Eine Krise der Marktwirtschaft? Das ist die Ölkrise bestimmt nicht, weil sie durch marktwidrige Kartellabsprachen ausgelöst wurde. Nicht die Marktkräfte, sondern ihre Behinderung haben die weltweite Rezession induziert oder verstärkt. Der Markt hat vielmehr die Folgen der Ölkrise minimiert. In dem Maße nämlich, wie sich der freie Markt durchsetzen konnte – etwa durch ausbrechende Kartellmitglieder, neue Anbieter oder Ölsubstitute –, sind die Rezessionswirkungen gemildert, wenn nicht aufgefangen worden. Jedenfalls dürfte der Markt mehr zur Beseitigung der Krise beigetragen haben als unablässige Konferenzen von Ministern und Beamten in aller Welt.

Daß in reifen oder reichen Volkswirtschaften Wachstumsfaktoren an Einfluß verlieren, die in unterentwickelten Ländern virulent sind, läßt sich nicht verkennen. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung dürfte deshalb ein gewisser Rückgang der realen Wachstumsraten die Regel sein. Dieser Rückgang ist jedoch scharf abzuheben von Wirkungen einer Wirtschaftspolitik, die – gewollt oder ungewollt – Leistung bestraft. In einer Zeit, in der sich sprachliche Falschmünzerei zu lohnen scheint, ist es möglich, die Leistungsgesellschaft zu denunzieren, obwohl diese nur noch als Karikatur existiert, in Wirklichkeit sich schnell und gründlich zu einer Anspruchsgesellschaft entwickelt hat. Es verwundert vielmehr, welche Wachstumsraten eine Wirtschaft noch hervorzubringen vermag, in der Leistungswille durch öffentliche Diskreditierung, steigende Steuerprogression und Zwangswohl-

fahrtseinrichtungen ausgehöhlt oder gar abgetötet wird. Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß die Marktwirtschaft entweder bewußt sabotiert oder ihre Eigengesetzlichkeit verkannt wird.

Dilettantische Stabilitätspolitik

Damit korrespondiert eine dilettantische Stabilitätspolitik. Insbesondere ist die verbreitete Auffassung, eine expansive Wirtschaftspolitik fördere das Wachstum und garantiere Vollbeschäftigung, wissenschaftlich gesehen naiv. Mit Sicherheit beschert eine anhaltende Expansion nur eines: Inflation, kurzfristig vielleicht Voll- oder Überbeschäftigung, langfristig jedoch Arbeitslosigkeit. Daß Arbeitslosigkeit Wachstumseinbußen nach sich zieht, dürften die meisten Politiker weder gewußt noch gewollt haben. Zu ihrer Ehrenrettung sei auch gesagt, daß die Keynesche Theorie – oder zumindest die herrschende Auslegung von Keynes – ihr Verhalten zu begründen oder zu rechtfertigen schien.

Wirtschaftspolitische Unschuld kann gegenwärtig jedoch niemand mehr beanspruchen. Erfahrung mag hier wie anderswo zwar dazu führen, daß dieselben Fehler nicht erneut gemacht werden. Die unter Wirtschaftspolitikern verbreitete Grundeinstellung bietet jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Gewähr für neue Fehlentwicklungen in der Stabilitätspolitik. Für diese Grundeinstellung ist der Glaube an die wirtschaftspolitische Machbarkeit charakteristisch, so als gleiche die Volkswirtschaft einem leicht zu lenkenden Fahrrad und nicht einem schwerfälligen Ozeandampfer. Jedenfalls wird administrativen Lenkungsmaßnahmen mehr vertraut als Marktkräften, obwohl wir tagtäglich über das Gegenteil belehrt werden.

Ein gutes Beispiel dafür bietet die Bildungspolitik im Hochschulbereich. Bekanntlich sind auf diesem Markt private Anbieter praktisch ausgeschlossen. Das Angebot stellen staatliche Einrichtungen zum „Null-Tarif“ bereit. Dementsprechend groß ist die Nachfrage, die allein durch die opportunity costs aus entgangener Arbeit in Grenzen gehalten wird. Die Steuerzahler, die die Kosten tragen, besitzen in einer repräsentativen Demokratie so gut wie keinen Einfluß auf Angebot und Nachfrage, um so weniger, als sie keine bildungspolitische Finanzierungsalternative haben. Wie soll ein Markt funktionieren, wenn die Anbieter sich nicht an den Nachfragern orientieren und diese keinen Preis entrichten müssen? Tatsächlich wird der marktwirtschaftliche Ausgleich beeinträchtigt oder verhindert, ebenso wie auf zahlreichen anderen nationalen und internationalen Märkten, für die als beliebige Beispiele die für Sozialwohnungen, Agrarprodukte, Rohstoffe und Verkehrsleistungen genannt seien.

Ohne Zweifel führt das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage, wenn die Wirtschaftspolitik sowohl die Herausbildung von Übermacht auf einer Marktseite (z. B. durch Kartelle) als auch Eingriffe in einen Wettbewerbsprozeß vermeidet. Diese doppelte wirtschaftspolitische Aufgabe ist – national sicher leichter als international – grundsätzlich lösbar. Eine ganz andere Frage dürfte sein, ob man gewillt ist, die Ergebnisse eines Wettbewerbsprozesses hinzunehmen. Sicher sind Fälle denkbar, in denen solche Ergebnisse sozial unerwünscht sein können; sie dürften indessen relativ selten sein. Viel häufiger dienen sozial angeblich unerwünschte Marktergebnisse dazu, Interventionen zu begründen.

Eine genauere Prüfung zeigt meistens, daß die Interventionsgründe schwach, wenn nicht fadenscheinig sind. Um das Beispiel der Hochschulindustrie nochmals heranzuziehen: Wieso gibt es hier ein – für freie Länder untypisches – staatliches Produktionsmonopol, wenn sich die Belange sozial Schwacher nach bewährten Mustern berücksichtigen lassen? Warum müssen Kinder reicher Eltern auf Kosten im Durchschnitt ärmerer Leute so ausgebildet werden, daß ihr erwartetes Einkommen größer als das ihrer Kostenträger wird? Glaubwürdig kann eine so angelegte Wirtschaftspolitik kaum sein. Zumindest läßt sich nicht behaupten, daß die Fehlentwicklungen auf zahlreichen Märkten dem Marktmechanismus anzulasten sind, wenn der Wettbewerb nachweislich eingeschränkt, beseitigt oder gar nicht erst zugelassen worden ist.

Verfall des ökonomischen Denkens

Mit dem feststellbaren Trend zum marktinkonformen Interventionismus geht ein Verfall des ökonomischen Denkens einher. Ziemlich alles spricht dafür, daß der zunehmende Verfall der wirtschaftlichen Vernunft die Ursache des interventionistischen Trends ist, so daß es sich lohnt, dieser Entwicklung nachzugehen. Fragt man, warum die wirtschaftspolitische Ratio sich so weitgehend verflüchtigen konnte, stößt man auf einige bemerkenswerte Fakten. Zwei wurden bereits erwähnt: der Glaube an die fast schrankenlose Manipulationsfähigkeit der Volkswirtschaft und der utopische Sozialismus, der auch Wirtschaftspolitiker ergriffen hat. Für beide Feststellungen gibt es gerade hierzulande für jeden, der sehen will, reichlichen Anschauungsunterricht. Nicht weniger evident ist, daß negative Erfahrungen oder das Wissen darum nicht lange fortwirken. So scheinen die Notjahre nach dem Zweiten Weltkrieg ziemlich vergessen zu sein. Wenn das so ist, sind die leidvollen Erfahrungen mit der Zwangswirtschaft, mit den zunehmenden Eingrif-

fen in die Privatsphäre und der Korrumpierung der staatlichen Verwaltung für die heutige Wirtschaftspolitik belanglos geworden.

Da ökonomisches Denken an wirtschaftliche Interdependenzen gebunden ist, bedeutet sein Verfall zugleich, daß wirtschaftspolitische Fragen nur noch punktuell angegangen und behandelt werden. Schon vor Jahrzehnten hat Walter Eucken richtig erkannt, daß punktuelles Denken das für die Wirtschaftspolitik unerläßliche Ordnungsproblem verdunkelt und – wie nicht näher begründet zu werden braucht – für zwei Gruppen der Führungsschicht, die großen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik haben, typisch sein dürfte: für staatliche Funktionäre (Beamte) und private Funktionäre wirtschaftlicher Machtgruppen. Der Einfluß von beiden auf die Wirtschaftspolitik hat dermaßen zugenommen, daß dem Volk die Unmittelbarkeit der politischen Willensbildung entzogen ist (Mediatisierung des Volkes durch staatliche und private Funktionäre). Punktuelles Denken und Entzug des wählerpolitischen Immediats sind die beiden Pfeiler einer Wirtschaftspolitik, die weder auf das marktwirtschaftliche System noch auf die Mehrheit des Volkes Rücksicht zu nehmen braucht. Wie Mancur Olson jr. zu zeigen vermochte, werden gerade die Interessen der Mehrheit nicht erfüllt, da sich im politischen Entscheidungsprozeß vor allem die Interessen kleiner, aktiver Gruppen widerspiegeln, deren partielle Ziele sich von denen der Mehrheit unterscheiden.

Mehr Marktwirtschaft notwendig

Was wir gegenwärtig konstatieren müssen, sind also letztlich nicht Krisenerscheinungen der Marktwirtschaft, sondern die eines unsystematischen Interventionismus und des politischen Systems. Trifft diese Analyse zu, liegt eine erfolgversprechende Remedur darin,

- die Marktkräfte national und international stärker zum Zuge kommen zu lassen,
- den unsystematischen Interventionismus zurückzudrängen und
- die Herrschaft der staatlichen und privaten Funktionäre abzubauen.

Notwendig wäre nicht weniger, sondern mehr Marktwirtschaft, für die eine adäquate, an die Wirtschaftsordnung gebundene Politik ebenso unerläßlich ist wie eine funktionierende Demokratie. Wer mit der Realität vertraut ist, weiß um die Schwierigkeiten eines solchen Konzepts. Es gibt aber kein Ausweichen vor dieser Aufgabe, da – wie auch den Politikern allmählich klar zu werden beginnt – nicht nur die Marktwirtschaft, sondern auch die freiheitliche Demokratie auf dem Spiel steht.